

FLÜCHTLINGSPOLITIK

Brandbrief des OB zeigt Wirkung

Immer mehr Containerdörfer müssen für Flüchtlinge errichtet werden, die Kommunen klagen über die Belastungen. Jetzt reagieren die Bundestagsabgeordneten aus dem Wahlkreis Ludwigsburg auf den Brandbrief von Ludwigsburgs OB. Ob sie zeitnahe Lösungen für die Probleme haben? Wir sprachen mit ihnen darüber.

VON HANS-PETER JANS

Tag für Tag sind die Städte und Gemeinden gefordert, manche wie Ulm haben bereits einen kurzfristigen Aufnahmestopp für Flüchtlinge ausgesprochen. In Ludwigsburg gibt es schon Containerdörfer, fünf weitere sollen entstehen. Die Unruhe in der Bevölkerung wächst, im Gemeinderat mehren sich kritische Stimmen. Oberbürgermeister Matthias Knecht hat deshalb jüngst einen Brandbrief an die Ludwigsburger Bundestagsabgeordneten geschickt. In ihm kritisiert er die unausgewogene Flüchtlingspolitik in Europa, fordert Zugangskontrollen an den EU-Außengrenzen, Asylbewerber sollten zudem rascher in den Arbeitsmarkt integriert werden. Ein Problem zudem: Der Bund will die Migrationsberatung nicht mehr finanzieren, womit diese gefährdet ist.

Die Abgeordneten pflichten ihm in vielen Punkten bei, wie auch im Deutschlandpakt von Kanzler Olaf Scholz gefordert werden alle nach einer Lösung. Auf Bundes- und Europaebene laufen die Mühen allerdings langsam, es gilt, Gesetze zu ändern und sich mit den europäischen Nachbarn abzustimmen. Auch wird manches unterschiedlich eingeschätzt. Die Grenzkontrollen, die die SPD-Innenministerin jetzt einrichten will, sieht Ludwigsburgs Grünen-Abgeordnete Sandra Detzer nur als ein „Placebo, das wenig Wirkung zeigen wird“. Dagegen viel Zustimmung vom CDU-Abgeordneten Steffen Bilger. „Das hilft, es funktioniert ja bereits einige Jahre an der Grenze zu Österreich gut.“ Die Menschen kämen aus einem sicheren Aufnahmeland in Europa, flüchteten nicht unmittelbar vor Verfolgung nach Deutschland.

Von der rechtspopulistischen AfD, an die der Brandbrief aus Ludwigsburg nicht adressiert worden ist, will man sich nicht treiben lassen. Diese fordert das australische Modell, nach dem die illegale Migration „auf Null“ gesetzt werde, teilt der AfD-Abgeordnete Martin Hess mit. Er spricht von der „Festung Europa“. „Wir lassen uns von den Kommunen treiben, nicht von der AfD“, so der SPD-Abgeordnete Macit Karaahmetoglu, der betont, dass er sich seit langem für weitere Regelungen in der Flüchtlingspolitik einsetzt. Die Rechtspopulisten würden nur Ängste schüren und die Gesellschaft spalten, wirkliche Lösungen hätten sie nicht, so die Grünen-Abgeordnete Sandra Detzer. Mit dem neuen Maßnahmenpaket werde man den Populisten den Wind aus den Segeln nehmen. Bei der CDU verlangt man nach einer Migrationspolitik, die wirklich hilft, auch vor Ort. „Da sind auch SPD und Grüne gefordert, viele in Berlin haben noch nicht begriffen, wie es in den Kommunen zugeht“, so Bilger.

■ Werden die Kommunen in der Bundespolitik nicht gehört?

Aus Sicht der CDU könnte es besser sein, man müsse sehen, so Bilger, dass die Belastungsgrenze in den Städten erreicht sei. Der Brief des OB sei deshalb „richtig und wichtig“. Karaahmetoglu weiß um die Container, die für Flüchtlinge in Ludwigsburg aufgestellt werden sollen. Er persönlich mache einen „Riesendruck“ in Beratungen in Berlin, um Änderungen in der Migrationspolitik herbeizuführen. Die Grüne Detzer hat gleich zum Telefonhörer gegriffen und mit OB Knecht telefoniert. „Gut, dass er den Brief geschrieben hat.“

■ Wie „unausgewogen“ ist die Flüchtlingspolitik?



Die Migration soll stärker gesteuert werden: Schon vor Jahren ist zwischen Serbien und Ungarn ein Zaun errichtet worden. Archivfoto: dpa/Sandor Ujvari



„Wer ein Bleiberecht hat, sollte schneller in Arbeit kommen, Deutschland braucht Fach- und Arbeitskräfte.“

Macit Karaahmetoglu
SPD-Bundestagsabgeordneter



„Wir sind für eine Registrier- und Zugangsregelung, müssen aber den Menschen helfen, die aus Kriegsgebieten flüchten.“

Sandra Detzer
Grünen-Bundestagsabgeordnete



„Die Flüchtlingszahlen müssen runter, da helfen Grenzkontrollen wie eine konsequente Sicherung der EU-Außengrenzen.“

Steffen Bilger
CDU-Bundestagsabgeordneter

Dass man etwas ändern muss, zeigt bereits der Deutschlandpakt, den der Kanzler ausgerufen hat. Die Migration nach Deutschland müsse begrenzt werden, von den geplanten Maßnahmen, unter anderem an den EU-Außengrenzen, verspricht sich der SPD-Abgeordnete eine „Halbierung der Flüchtlingszahlen“. Auch die Grünen sprechen von einem neuen Asylsystem, das ausgehandelt werden muss. Es benötige eine faire Verteilung der Flüchtlingszahlen in Europa. Detzer hofft, dass noch vor der Europawahl 2024 erste Verhandlungen abgeschlossen werden können. Der CDU-Abgeordnete Bilger beklagt indes, dass seit der Ausrufung des Deutschlandpakts „noch nichts konkret passiert ist“. Erst auf Druck werden jetzt Grenzkontrollen zugesagt.

■ Kommt nun die geforderte „harte Linie“, wie viele Flüchtlinge noch aufgenommen werden können?

Eine Begrenzung des Zuzugs soll kommen. Die Abgeordneten setzen darauf, dass an den EU-Außengrenzen bereits entschieden wird, ob Aussicht auf Asyl besteht. Gleichzeitig soll die Abschiebung erleichtert werden. „Die Abschiebung muss schneller gehen“, so Karaahmetoglu. Der SPD-Abgeordnete geht jedoch davon aus, dass es noch dauern wird, bis das auf europäischer Ebene geregelt ist. Zwei Jahre könnten das sein. Vor allem Polen und Italien spielen hier eine Rolle. Die Grüne Detzer ist ebenfalls für eine sofortige Prüfung

der Asylanträge an der Außengrenze. „Wir müssen sicherstellen, dass wir den Menschen helfen, die vor Kriegen flüchten.“ In der Opposition freut man sich. Der CDU-Abgeordnete Bilger wartet darauf, dass hier Entscheidungen getroffen werden. „Wir müssen verhindern, dass jedes Jahr Hunderttausende nach Deutschland kommen.“ Deutschland dürfe nicht der Bremsen bei der Problemlösung in Europa sein, sagte er. Sein Eindruck: Geht es um Auffanglager an den Grenzen oder um weitere Herkunftsländer, die als sicher eingestuft werden könnten, blockierten die Grünen. Für Detzer ist dagegen klar, die meisten Flüchtlinge kämen aus Syrien, Afghanistan, Türkei und Ukraine, andere Länder spielten eine untergeordnete Rolle.

■ Wie können Geflüchtete schnell und unbürokratisch Arbeit aufnehmen?

Was der OB anspricht, ist allen Abgeordneten ein Anliegen. Die CDU möchte, dass Flüchtlinge während des Asylverfahrens auch für gemeinnützige Arbeit, etwa in den Städten und Gemeinden, zur Verfügung stehen. Danach wäre der Arbeitsmarkt für sie offen. In den Niederlanden seien 70 Prozent der ukrainischen Flüchtlinge in Arbeit, in Deutschland seien es nur 18 Prozent. „Das kann man anders machen.“ Wichtig findet Bilger darüber hinaus, die Anreize bei Sozialleistungen zu verändern. „Es ist gut, dass Finanzminis-

ter Lindner die Überweisung von Geld in die Heimatländer durch Asylbewerber unterbinden will, denn damit werden eben auch Schlepper bezahlt.“ Ein Thema, das vor allem die AfD umtreibt. Es gehe darum, die Schlepperbanden auszuschalten. Der Abgeordnete Hess will, wie jetzt auch die Länder, Geld- auf Sachleistungen umstellen. Die „üppigen Leistungen“ seien zu hohe Anreize.

Die SPD glaubt dagegen, dass in der Öffnung des Arbeitsmarkts das entscheidende Potenzial liegt. „Wir brauchen nicht nur Fachkräfte, sondern auch Arbeitskräfte, sei es an Tankstellen, im Gastgewerbe oder auf dem Bau“, so Karaahmetoglu. Wer in Arbeit ist, entlaste die Kommunen. Dass Geldleistungen bei der Migration an erster Stelle stehen, glaubt er nicht. Auch die Grüne Detzer will das Arbeitsverbot abschaffen, dies müsse in den nächsten Wochen entschieden werden. „Der Arbeitsmarkt ist eine große Integrationsmaschine“, sagte sie.

■ Was wird aus der Migrationsberatung, deren Finanzierung gefährdet ist?

Uneins sind sich Grüne und SPD bei der Migrationsberatung und Sprachförderung. Detzer will sich dafür einsetzen, dass der Bund Gelder dafür zur Verfügung stellt. „Es wäre hoch problematisch, hier zu kürzen“, ist sie überzeugt. Im November geht es dazu in die Haushaltsberatungen. Der SPD-Abgeordnete Karaahmetoglu wertet es anders. Der Bund sei seit Corona, dem Ukrainekrieg und der Energiekrise genug belastet, es sei Sache der Länder, hier in die Bresche zu springen. „Die Länder haben hohe Steuereinnahmen, Baden-Württemberg steht besser da als der Bund, auch mit Blick auf die Schulden.“ CDU-Mann Bilger stört, dass die Kanzlerpartei die Kommunen in der Frage alleinlassen will. „Es ist irrsinnig, da zu kürzen.“ Gerade hier werde gute Arbeit vor Ort geleistet.

■ Wie sieht es mit der Lea (Landeserstaufnahmestelle) in Ludwigsburg aus?

Grünen-Abgeordnete Detzer lässt keinen Zweifel daran, dass trotz aktueller Unterbringungsprobleme ein anderes Thema Ludwigsburg nicht loslassen wird: die Lea (Landeserstaufnahmestelle), die das Land möglicherweise auf dem Gebiet Schanzacker errichten will. Ihr ist wichtig zu erklären, dass sie für eine Lea im Landkreis Ludwigsburg eintrete, diese sei angesichts der hohen Flüchtlingszahlen unumgänglich. Sie spricht von mehreren dezentralen Einrichtungen. Andererseits sollte das Land die Lea in Ellwangen nicht auflösen und weiterbetreiben.

POLIZEIREPORT

SÜDSTADT

Mit Stöcken und Gürteln aufeinander eingeschlagen

Mindestens fünf Personen waren am Montag gegen 20.50 Uhr in der Hohenzollernstraße in eine brutale Schlägerei verwickelt. Laut Mitteilung der Polizei haben die Beteiligten mit Gürteln und Stöcken aufeinander eingeschlagen. Weshalb es zu der Auseinandersetzung gekommen ist, ist derzeit noch unbekannt.

Der Streit verlagerete sich vom Bereich der Carl-Schaefer-Schule auf die Fahrbahn. Ein Autofahrer musste bis zum Stillstand abbremsen. Weil vermutlich just in diesem Moment die alarmierten Polizeibeamten eintrafen, setzte der Mann seine Fahrt fort.

Vier der mindestens fünf Beteiligten konnten schließlich einer Personenkontrolle unterzogen werden. Es handelt sich laut Polizeimitteilung um junge Männer im Alter zwischen 15 und 21 Jahren. Sie wurden nach Durchführung der polizeilich notwendigen Maßnahmen auf freien Fuß gesetzt. Eine Fahndung nach weiteren Beteiligten blieb ohne Ergebnis.

Die Polizei sucht Zeugen, insbesondere den Fahrer des weißen Autos. Diese melden sich unter Telefon (071 41) 18 53 53 oder per E-Mail an ludwigsburg.prev@polizei.bwl.de. (red)

STADTFÜHRUNGEN

Geschichten zum Schmunzeln

Bei dieser Führung am Samstag, 21. Oktober, um 11 Uhr gibt es Interessantes und Amüsantes über die Bewohner und Gebäude der Stadt zu erfahren. Manches darf nicht zu ernst genommen werden, aber ein Fünkchen Wahrheit steckt in allen. Treffpunkt ist am MIK, Eberhardstraße 1. Kartenpreis: 8 Euro.

Ludwigsburg auf einen Blick

Eine Einführung in die Ludwigsburger Stadtgeschichte bietet die etwa einstündige Führung am Samstag, 21. Oktober, um 14 Uhr. Treffpunkt ist am Brunnen im Mittleren Schlosshof. Kartenpreis: 6 Euro.

Erinnerung an vergangene Zeiten

Auf diesem Stadtrundgang am Samstag, 21. Oktober, um 16 Uhr werfen die Teilnehmer einen Blick in die Vergangenheit. An Originalschauplätzen entdecken sie anhand von Urkunden, Fotos und alten Schriftstücken, was sich an diesen Orten zugetragen hat. Treffpunkt ist im MIK, Eberhardstraße 1. Kartenpreis: 8 Euro.

Sonntag mit Fräulein Henriette

Am Sonntag, 22. Oktober, um 14 Uhr können Interessierte Fräulein Henriette bei einem ihrer ausgedehnten Spaziergänge begleiten. Nach einem kleinen Rundgang durch die Stadt flaniert sie in Richtung Schlossgarten. Im Anschluss kann jeder noch auf eigene Faust das Blühende Barock erkunden. Treffpunkt ist im MIK, Eberhardstraße 1. Kartenpreis: 20 Euro inklusive Tageseintritt Blüba (10 Euro mit Dauerkarte).

Stadtpaziergang anno 1900

Bei dieser Tour am Sonntag, 22. Oktober, um 14 Uhr berichtet Gästeführerin Gabriele Stadler im Kostüm der Fabrikantengattin Emilie Wagner herzlich und herzlich über tägliche Besorgungen, aktuelle Mode, die Stadtentwicklung und die Gesellschaft zur Zeit der Belle Epoque. Treffpunkt ist an der Musikhalle am Bahnhof. Kartenpreis: 10 Euro.

Stadtführungen müssen gebucht werden unter [visit.ludwigsburg.de](http://www.visit.ludwigsburg.de) oder in der Tourist Information im MIK in der Eberhardstraße 1. (red)

ZUR SACHE

Der Brief von OB Matthias Knecht

Auch angeregt durch die Debatte im Gemeinderat, in der über fünf weitere Containerstandorte für Geflüchtete beraten wurde, hat sich OB Matthias Knecht mit einem Schreiben am 9. Oktober an die Bundestagsabgeordneten gewendet. Den Brief hat er auch presseöffentlich gemacht. Darin betont er, dass die Flüchtlingspolitik unausgewogen sei und die Kommunen „die Kohlen aus dem Feuer“ holen müssen. Es gebe keinen Wohnraum mehr, der für eine Unterbringung zur Verfügung stehe. Er sorgt sich dabei auch um die Integrationsberatung.